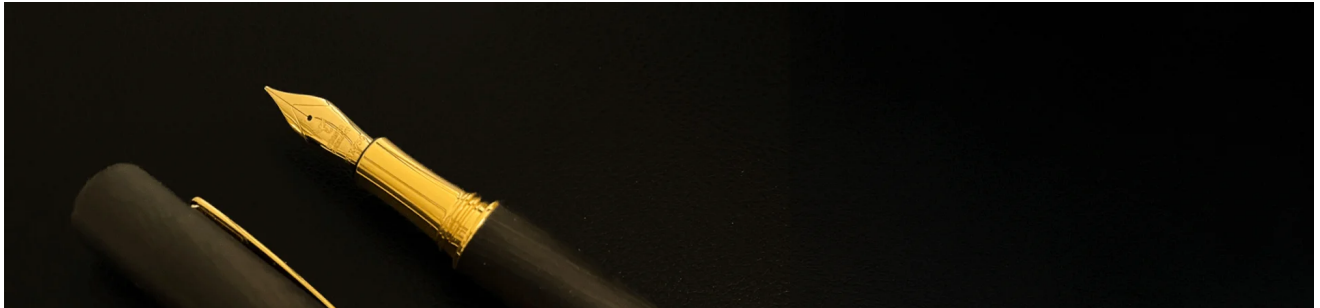


Werbung



06.11.2025 • 98

„Es bleibt dabei“

Bruch des Koalitionsvertrags: SPD will Habecks Heizungsgesetz doch nicht abschaffen

Bundesumweltminister Carsten Schneider stellt sich gegen die Abschaffung des umstrittenen Heizungsgesetzes. Dabei ist genau das im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart.

Von Redaktion



Carsten Schneider kassiert im Namen der Regierung ein weiteres, zentrales CDU-Versprechen ein. (IMAGO/epd)

Bundesumweltminister Carsten Schneider hat sich gegen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung des sogenannten Heizungsgesetzes ausgesprochen.

Eigentlich wollte die Koalition zentrale Punkte der umstrittenen Habeck-Novelle des Gebäudeenergiegesetzes kippen. Doch der SPD-Politiker tritt jetzt auf die Bremse.

Konkret sollte vor allem die Vorgabe gestrichen werden, dass neue Heizungen zu 65

Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Eigentlich wollte die Regierung diese Vorgabe nur minimal absenken – von 65 auf 55 Prozent. Doch dagegen stellte sich der Umweltminister nun. Auf dem Energiewende-Kongress der staatlichen Deutschen Energie-Agentur (Dena) verkündete Schneider, es werde bei der 65-Prozent-Vorgabe bleiben.

„Es bleibt dabei, dass neue Heizungen 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen müssen“, sagte Schneider wörtlich. „Ich bin dafür, dass wir sehr schnell zu klaren Entscheidungen kommen“, sagte Schneider. Die Wärmepumpe sei die führende Technologie beim Ausbau der Erneuerbaren im Wärmebereich.

Die deutsche Energiewende, so Schneider, sei „ein weltweiter Exportschlager“. „Immer mehr Länder setzen auf erneuerbare Energien. Die Nachfrage nach klimafreundlichen Technologien explodiert förmlich.“ Deutschland habe die Chance, „als Vorreiter neue Antworten auf die Herausforderungen der Energiewende zu geben.“

Werbung

Die Abschaffung der Habeck-Novelle des Gebäudeenergiegesetzes war eigentlich im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Dort heißt es: „Wir werden das Heizungsgesetz abschaffen. Das neue GEG machen wir technologieoffener, flexibler und einfacher.“ Die CDU hatte im Wahlkampf zentral versprochen: „Wir schaffen das Heizungsgesetz der Ampel ab.“ Dies war in der Partei auch als zentraler Erfolg der Koalitionsverhandlungen kommuniziert worden.

mro

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(98\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) 

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-